

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Riesa,
Kammr. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbaudienststelle beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meißen.

Postleitzettel: Dresden 1530
Girokonto Riesa Nr. 32.

Nr. 161.

Sonnabend, 12. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintrittes von Produktionssteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Angegeben für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorangegangenen Tag zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Gründchirite-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reformzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und kostbarer Tag 50% Aufschlag. Heute Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Rechtliche Unterhaltungsbeiträge — hat der Bezieher Erzähler an der Elbe". — Um halb höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebs- und Verarbeitungsanstaltungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Kütemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittmar, Riesa.

Die Rechte Deutschlands in London.

Die Reichsregierung wird, wie bereits angekündigt wurde, sich verpflichtet haben, einen neuen diplomatischen Schritt in der Frage der Rechte Deutschlands auf der Londoner Konferenz zu unternehmen. Die Vereinbarung zwischen Herriot und MacDonald hinsichtlich der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens scheint vor, dass die Reparations-Kommission bestimmte Vorschläge über das Inkrafttreten des Sachverständigen-Gutachtens machen soll, die dann auf der Londoner Konferenz zur Annahme gebracht werden sollen. Bei den Vereinbarungen der Pariser Ministerpräsidenten-Verhandlungen ist mit seinem Wort erwähnt worden, dass der deutsche Regierung das Recht vorzuhandnen werden soll, überrechts bestimmte Vorschläge über die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens zu machen. Es erzeugt daher großes Verständnis, dass die wiederholte Warnung der deutschen Regierung, unter keinen Umständen Deutschland von den wichtigsten Entscheidungen ausschließen zu wollen, so wenig beachtet worden ist. Man scheint vergessen zu haben, dass das Sachverständigen-Gutachten-Bestimmungen enthält, die über den Beschlussvertrag hinaus gehen und zu deren Annahme die deutsche Regierung nicht gewonnen werden kann. Die Zustimmung Deutschlands zum Sachverständigen-Gutachten kann nur auf der Basis einer freiwilligen Übernahme der vorgegebenen Verpflichtungen erfolgen, und es wäre daher ein ganz verfehltes Unternehmen, wenn die alliierten Regierungen sich bewusst fühlen sollten, Deutschland vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Nach dem augenblicklichen Stand der parlamentarischen Situation in Deutschland ist nicht anzunehmen, dass die Annahme des Ausführungsabkommen zum Sachverständigen-Gutachten ohne ernste Schwierigkeiten vor sich gehen wird. Vielmehr wird die Reichsregierung sich in einer äußerst schwierigen Lage befinden, da sie von vornherein angekündigt hat, eine völlige Absehung aller mit der Durchführung des Gutachtens zusammenhängenden Fragen herbeizuführen, nicht den geringsten Erfolg gehabt hat. Der Weltentwurf des Reichstages hat den Wiederaufstand, aber die Reichsregierung muhrt sich noch eine weitere Entscheidung über die Einberufung des Parlaments vorbehalten. Allgemein wird bestätigt, dass die Lage des Kabinetts Marx-Stresemann im gegenwärtigen Augenblick außerordentlich feindselig ist, und dass die Parteien des Reichstages der Entwicklung der nächsten drei Wochen mit großer Sorge entgegensehen. Die Regierung Marx-Stresemann, die gewiss nicht übermäßig pessimistisch an die Lösung der schwierenden Probleme herantrete, war, sieht sich jetzt gewinnt, einen ernsten Appell an die alliierten Regierungen zu richten. Sie wird von ihrer Forderung, die militärische Rüstung des Ruhrgebietes sicherzustellen, ebensoviel absehen können wie von dem Standpunkt, dass eine Ausschaltung Deutschlands bei den vorstehenden Entscheidungen nicht erträglich sei würde.

Es kann natürlich nicht gelungen werden, dass nach wie vor einige sehr wichtige Fragen, die mit dem Sachverständigen-Gutachten zusammenhängen, von Macdonald und Herriot durchaus in einem Sinne geregt werden kann, der für Deutschland annehmbar ist. Wenn z. B. militärische Sanktionen in Zukunft in Weißfall kommen sollen und ohne Mitwirkung Amerikas keinerlei Maßnahmen gegen Deutschland ergriffen werden dürfen, so ist das immerhin ein wesentlicher Fortschritt. Wenig verständlich erscheint es aber dagegen, dass man noch nicht einmal eine Formel gefunden hat, die eine extraktive Lösung der Garantiefrage in Aussicht stellt. Am zweckmäßigsten würde es doch sein, wenn man Deutschland selbst die Möglichkeit geben würde, seinerseits Vorschläge über die Garantiefrage zu machen. All die sogenannten Rechte des Vertrages, die der Reparations-Kommission die Vollmacht erteilen, eine Verleihung Deutschlands festzuhalten, sind für den rein wirtschaftlichen Standpunkt vollständig wertlos. Nach dem Sachverständigen-Gutachten haben die Unliebiggläufigkeit Deutschlands ein gewisse Gläubigerrecht, das hauptsächlich auf faulmännischen Garantiegrundlagen beruht. Solche Grundlage sollte man auch bei der Lösung des gesamten Reparationsproblems gelten lassen, da in der Regel die politischen Garantien immer den Gegenstand außerordentlicher Schwierigkeiten bilden. Ein gewisses Moment der Beruhigung ist es für Deutschland, dass an den Entscheidungen die Vertreter Amerikas mit ihrer nächsten Einflussnahme einen entscheidenden Einfluss auf den Gang der Verhandlungen ausüben werden. Man muss aber zunächst abwarten, ob sich dieser Einfluss zugunsten Deutschlands über zu unseren Ungunsten geltend machen wird.

Erst nachträgliche Hinzugabe Deutschland.

Berlin, 12. Juli. In den Konferenzplänen der alliierten Regierungen ist noch der zur Zeit in Berlin eingetroffenen Nachrichten eine wesentliche Veränderung eingetreten. Danach soll Deutschland zu der am 18. Juli in London beginnenden Konferenz nicht hinzugezogen werden, sondern erst an einer späteren, für etwa Anfang August in Aussicht genommenen Tagung teilnehmen, auf der das Inkrafttreten des Sachverständigen-Gutachtens offiziell festgelegt werden soll. In den Kreisen des Berliner Auswärtigen Amtes hat man den Einbruck, dass durch die nenerlichen Dispositionen erreicht werden soll, dass die deutschen Ausführungsgelehrte zum Sachverständigen-Gutachten verabschiedet sein werden, bevor Deutschland am Konferenztag erscheint. Dadurch entstehen jedoch für die deutsche Regierung sehr ernsthafte Schwierigkeiten. Es ist vorauszusehen, dass die Vertreter des Reichstages sich nicht dazu entschließen werden, in eine Abstimmung über die Ausführungsgelehrte einzutreten, bevor nicht die deutsche Regierung Gelegenheit erhält hat, in direkten Verhandlungen

mit der französischen Regierung zu erörtern und eine Klarstellung der zum Sachverständigen-Gutachten gehörenden Fragen der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes herbeizuführen.

England und die Isolation Deutschlands.

* London. Aus dem Schweigen der Pariser Einigungskonferenz über die Ausleihung Deutschlands zur Konferenz, haben einige französische Blätter und auch Poincaré folgern wollen, dass die deutsche Regierung überhaupt nicht aufgefordert werden solle, mit der Konferenz zu verhandeln. Es wird aber in englischen Regierungspapieren versichert, dass dieses Schweigen nicht in diesem Sinne aufgefasst werden dürfe, sondern dass diese Frage der Konferenz zur Entscheidung überlassen wird, auf der ein amerikanischer Vertreter anwesend sein wird.

Der neue Kampf um Dr. Stresemann.

Berlin, 12. Juli. Die Gegner Dr. Stresemanns in den Rechtsparteien bereiten sich darauf vor, einen neuen Kampf gegen den Außenminister zu eröffnen. Man erwartet bei dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei, dass die Londoner Konferenz mit einem Misserfolg der deutschen Außenpolitik in der Räumungsfrage enden wird, ohne dass es zu einer Einladung an Deutschland überhaupt kommt. Obwohl von den Freunden Dr. Stresemanns innerhalb seiner Partei betont wird, dass der Außenminister in diesem Fall sich nicht einem erneuten Druck unterwerfen und ohne die von ihm selbst als notwendig erklärten Voraussetzungen das Gutachten nicht durchführen werde, berichtet dennoch die Stimme vor, dass Dr. Stresemann in diesem Fall mit einem zu starken Misserfolg belastet sei, um die Außenpolitik des jüngsten Kabinetts weiter führen zu können. Man hält es für ausgemacht, dass dann nichts übrig bleibt, als die Bildung eines konservativen Kabinetts unter deutchnationaler Führung, das dann verhindern wird, die deutsche Außenpolitik in rein nationale Bahnen zu lenken. Man betrachtet in diesen Kreisen die plötzlich so heftig angekündigte Opposition der Sozialdemokraten bereits als das Einverständnis des endgültigen Misserfolgs aller Erfüllungspolitik und als den rechtzeitigen Bruch, die Mittelparteien vor der Bildung des Bürgerblocks einzuschüchtern und zurückzuschrecken.

Herriot über Deutschland.

* Paris. Herriot hat im Verlaufe seiner gestrigen Senatsrede u. a. folgendes gesagt: Betreffend das linke Kabinett bestätigte ich die Erklärungen der vorhergehenden Regierung, in der Frage der Übertrittungen ist die Anwesenheit des General Ritter in meinem Kabinett bestehend. Bezuglich der Einladung Deutschlands zur Londoner Konferenz erinnere ich an die von Macdonald getroffene Erklärung, dass es sich hier nur um eine Einzelfrage handelt. Ich möchte betonen, dass Deutschland keine Vorzugsstellung eingeräumt werden wird. Ich brauche nicht zu betonen, dass ich meine Vaterlandspflicht über meine ministeriellen Interessen stelle. Ich möchte nichts von der Achtung einbüßen, die mir die Mitglieder dieser Versammlung entgegengebracht haben, als ich ihr zugehört habe. Die letzte Völkerung des Reparationsproblems wird uns die am wenigsten schädigen. Es bieten sich zwei Methoden. Eine besteht darin, ewig allein zu sein, wie das erste Kaiserreich nach der Schlacht bei Zenta und Austerlitz.

Wenn wir es mit uns selbst zu tun haben, so können wir unsere Forderungen höchstbrauchen, die Schwierigkeit besteht nur darin, sie nach außen hin geltend zu machen. Diese Schwierigkeit hat erst Poincaré empfunden. Wenn wir diese Methode einzuschlagen, so bedeutet das eine ernste schwache Einstellung gegenüber Deutschland. Oder wir zielen auf eine Verständigung zwischen Frankreich und England hin, eine Verständigung, durch die Deutschland gezwungen wird, sein Teil in einer friedlichen Evolution zu suchen. Wenn England und Frankreich sich voneinander trennen, so gewinnen in Deutschland die Anhänger der Gewaltideen und des Revanchismus die Oberhand, das bedeutet den Krieg. Die Annäherung zwischen Frankreich und England darf in keiner Weise die legitimen Rechte Frankreichs beeinflussen. Mein Gewissen sagt mir, dass ich nichts vernachlässigt habe, um dieses Ergebnis zu erzielen. Ich erwarte daher in großer innerer Gefahrheit das Urteil der Versammlung. (Lebh. Beifall auf der Bühne und im Zentrum.)

Nach Herriot ergreift der Senator Joffre das Wort und macht einige Ausführungen zu der Reparationsfrage. Er tilgt die alten Behauptungen auf, wonach Deutschland keine Steuern zahle, daher keine Schulden habe und viel Reichtum besitze.

Wie man Poincaré in Frankreich erlässt.

(Paris.) Zu der Rede Poincarés schreibt Paris Soir, seiner gewohnten Methode entsprechend nürale, sante und frakonierte der Bestürzte vom 11. Mai. Er gewährt dem Sachverständigenbericht seine offene Zustimmung, er distanzierte, bringt einen Vorbehalt und einen Einwand nach dem anderen vor. Unter dem Vorwand, die Interessen Frankreichs zu garantieren, giebt er den von ihm vorgebrachten mittelmäßigen Einwänden die Form eines Ultimatums und behauptet, dass die einander gegenüberstehenden Auffassungen unvereinbar seien. Er verlangt von den Alliierten Konzessionen, mache aber für keinen Teil keine. Es sei bekannt, welche Resultate eine derartige Politik für Frankreich zu zeitigen drohe. Poincaré habe Frankreich

in Europa und in der ganzen Welt isoliert. Zwei Jahre lang sei es ihm nicht gelungen, von Deutschland nur einen winnig Reparationen zu erlangen. Man darf sagen, dass Frankreich, wenn die Wählenschaft ihn nicht von seinem Ministerposten verjagt hätte, ans neue auf dem Kreisspiele sitzen würde; hinterher würde dann Poincaré schwören, dass habe er nicht gewollt, aber es wäre dann zu spät. Der ehemalige Ministerpräsident überwimme vergeblich den Senat mit der Flut seiner Veredsamkeit, er täusche aber niemand über die Wahrheit.

Rein Abbau der Micum.

Ein Berliner Blatt meldet, dass die Micum AG auf den Abbau vorbereitet, das am 1. Juli zahlreiches Personal entlassen werden sei und das man nur noch mit einer vier- bis achtwöchigen Dauer der Micum rechne. An mehreren Stellen sind, wie wir hören, noch keinerlei Beobachtungen gemacht worden, die auf einen Abbau der Micum schließen lassen könnten; es scheint vielmehr, als ob die Micum ebenso wie alle sonstigen Kriegs- und Nachkriegsorganisationen bei den Alliierten sich noch weiter erhalten wird. Selbst wenn an einer Stelle vielleicht abgebaut werden sollte, so muss doch damit gerechnet werden, dass an anderer Stelle weiter aufgebaut wird.

Industrie gegen Reichsfinanzministerium.

Der Reichsverband der deutschen Industrie plant für den Fall, dass am 1. August die Micum-Verträge nicht durch anderweitige tragbare Vereinbarungen ersetzt sind, eine Kundgebung, die sich sowohl gegen die Politik der Micum wie gegen das Reichsfinanzministerium richtet. Der Reichsverband wird darin erklären, dass nach dem 1. August eine weitere Liefernahme von Salzen als endgültig unmöglich betrachtet werden müsse, zumal nach diesem Termin keinerlei Unterstützung durch das Reich mehr zu erwarten ist. Besonders hart wird gegen die Haltung des Reichsfinanzministeriums protestiert werden, welches nicht nur eine direkte Beteiligung an den Salzen, sondern auch jede steuerliche Ermächtigung für die Reparationszahlungen ablehnt hat. Die Industrie will noch einmal bei der Reichsregierung vorstellen, um sie darauf hinzuweisen, dass bei den Verhandlungen in London das Aufhören dieser Belastungen zum 1. August auf jeden Fall erreicht werden müsse.

Gegen Annahme des Sachverständigen-Gutachtens.

* Dresden. Der Reichstagsabgeordnete Baverenz-Berlin sprach am Donnerstag in einer hier abgehaltenen Versammlung der Deutschen Nationalen Volkspartei über die Bedeutung des Sachverständigen-Gutachtens für Volk und Vaterland. Er erklärte, dem Volke werde von Regierungssseite immer erzählt, es handle sich bei dem Gutachten um wirtschaftliche Dinge, während es doch dochpolitische Vorgänge seien. Deutschland würde nach Annahme des Sachverständigen-Gutachtens unter die frühere Türkei und das frühere China hinablinken. Es werde eine Jagd ohnegleichen nach Steuern beginnen. Aus dem Staatshaushalt, der Eisenbahn, der Industrie, den Börsen und Abgaben werde Geld herausgeholt werden und bald werde auch der letzte deutsche Haushalt die neuen Lasten spüren. Trotzdem werde uns die Liefernahme dieser Lasten nicht zur Freiheit führen, sondern wir würden uns sehr bald neue Verdrückungen gefallen lassen müssen.

Die Gewerkschaftsführer beim Reichskanzler.

Die Spiegelerwerbsleute der sozialistischen, christlichen und Hirch-Tunderlichen Richtung hatten vor einer Zeit in einer Angabe an die Regierung die Befürchtung geäußert, dass die Kosten des Sachverständigen-Gutachtens einleitig auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden könnten. Daraufhin hat der Reichskanzler die Vertreter der Gewerkschaften zu einer Besprechung geladen, die am Freitag in der Reichskanzlei stattfand. Anwesend waren Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, des Christlichen Gewerkschaftsbundes und des Hirch-Tunderlichen Gewerkschaftsringes. Neben dem Reichskanzler Marx nahmen Reichsfinanzminister Dr. Luther und Reichswirtschaftsminister Hamm an den Verhandlungen teil, in denen die Steuerprojekte eingehend erörtert wurden. Die Gewerkschaftsvertreter äußerten ihre Unzufriedenheit über die bisherigen Erklärungen der Regierung, vor allem über den Volks einen neuen Schutzpolitisen. Die breiten Massen des Volkes könnten unter keinen Umständen weitere Lasten auf sich nehmen. Von der Regierung wurde erklärt, man wolle bei den Steuerplänen die Wünsche der Gewerkschaften nach Möglichkeit berücksichtigen. Die Einkommensteuer der Selbststeuerer würde verstärkt werden, weiter sei eine Besteuerung der Auslandsgewinne und eine Erhöhung der Inflationsgewinne geplant.

Das Schicksal der Rüdelsheimer.

* Kreuznach. Die französische Kreisdelegation weist darauf hin, dass die Durchführung der Ausweisungen in keiner Weise die Regle verpflichte, die Ausgewiesenen wieder einzustellen und die Rückgabe ihrer Wohnungen nicht in sich schließt, falls diese beschlagnahmt sein sollten. Werner wird von der Kreisdelegation betont, dass jede Kundgebung bei der Rückkehr der Ausgewiesenen verboten sei, das also keine Umzüge stattfinden dürfen, keine Miete zahlen darf und das keine Klauen vereist werden dürfen.